

LÄNDERKUNDE

Kuba



Erstmals seit mehr als 50 Jahren exportiert der Karibikstaat wieder Güter in die USA. Übernächste Woche will die Firma Cuba Export 40 Tonnen Holzkohle auf den Weg schicken. Das 1962 verhängte US-Handelsembargo ist zwar immer noch gültig, es gibt jetzt aber dank Barack Obama Ausnahmen für landwirtschaftliche Produkte. Kubanische Zigarren sind dagegen weiter vom Export in die Vereinigten Staaten ausgeschlossen.

DER ZEITPUNKT

11. Januar 2017, nachts

Nach Hunderten Twitter-Nachrichten tritt der gewählte US-Präsident Donald Trump am Mittwoch endlich vor die Presse. Die Uhrzeit ist noch unklar, dürfte aber nach Mitternacht MEZ liegen. Die Nachricht verbreitete Trump selbstverständlich per Twitter.

SEXUELLE BELÄSTIGUNG

Vorwürfe gegen Kai Diekmann

BERLIN taz | Erst wenige Tage ist es her, da kündigte Bild-Herausgeber Kai Diekmann seinen Rückzug aus dem Springer-Verlag an. Nun berichtet der Spiegel, dass eine Mitarbeiterin des Verlags ihm sexuelle Belästigung vorwirft. Dies soll nach einer Klausurtagung in Potsdam im Sommer beim Baden geschehen sein. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft in Potsdam bestätigte am Freitag, dass eine entsprechende Anzeige eingegangen und gegen Diekmann ermittelt werde.

Diekmann selbst bestreitet die Vorwürfe. Sein Rechtsanwalt Otmar Kury sagte: „Der gegen Herrn Diekmann erhobene Vorwurf ist haltlos und wir haben vollstes Vertrauen in die Arbeit der Ermittlungsbehörden.“

Beim Axel-Springer-Verlag hieß es, man könne den Vorwurf, die Mitarbeiterin habe sich unmittelbar nach dem angeblichen Übergriff an das Unternehmen gewandt. Unternehmenssprecherin Edda Fels sagte der dpa, das Unternehmen habe die Vorwürfe mit Hilfe externer Rechtsexperten untersucht und mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln kein strafbares Verhalten Diekmanns festgestellt. Die Ergebnisse hätte sie mit dem Einverständnis von Diekmann an die Staatsanwaltschaft „zur rechtsverbindlichen Klärung weitergegeben.“ Die Anzeige der Mitarbeiterin sei unmittelbar danach erfolgt.

Einen direkten Zusammenhang zwischen dem Weggang vom Springer-Konzern des ehemaligen Chefredakteurs der Bild-Zeitung nach über 30 Jahren im Unternehmen und den nun erhobenen Vorwürfen soll es allerdings nicht geben, heißt es aus dem Springer-Verlag: Die Entscheidung sei vor über einem Jahr gefallen, die Vorwürfe hätten den geplanten Abschied allenfalls beschleunigt, schreibt Spiegel Online. ANNA FRANZKE

VERKEHR Dass Diesel-Pkw mehr Stickoxide ausstoßen als Lkw, hat einen Grund: Nutzfahrzeuge werden unter Realbedingungen getestet

Da hilft nur: Ab auf die Straße

VON FRIEDRIKE MEIER

Es geht also: Seit die Stickoxid-Emissionen von Lkws auf der Straße gemessen werden, stoßen diese deutlich weniger Schadstoffe aus. Das zeigt eine Studie des Forscherverbands ICCT, die am Freitag veröffentlicht wurde.

Bis 2014 wurden Nutzfahrzeuge ebenso wie Diesel-Pkw meist auf einem Prüfstand geprüft. Erst seit der Einführung der Euro-VI-Norm ist der Test unter realen Bedingungen vorgeschrieben. Der ICCT ist der Verbund, der die Manipulationen bei VW aufgedeckt hat.

Die Wissenschaftler verglichen Daten des Kraftfahrt-Bundesamts und aus Finnland zu den Emissionswerten moderner Lkw und Busse im Straßenbetrieb mit denen von Diesel-Pkw der aktuell gültigen Schadstoffklasse Euro 6 unter gleichen Bedingungen. Dabei zeigte sich, dass die Pkw mehr als doppelt so viel Stickoxide produzieren: Pro Kilometer stießen sie durchschnittlich 500 Milligramm Stickoxide aus,



Da geht noch was: Auspuff bei VW Foto: Julian Stratenschulte/dpa

die Nutzfahrzeuge nur 210 Milligramm.

Dass die Art der Messung die Hersteller gezwungen hat, sich stärker zu bemühen, den Schadstoffausstoß zu senken, ist für Jens Hilgenberg, Verkehrsex-

perte beim BUND, klar: Die Festschreibung der Straßentests sei wohl „ein schwacher Moment der Autolobby“ gewesen. Jürgen Resch, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, kann sich auch vorstellen, dass der

Autoindustrie „der Automarkt wichtiger ist, weil im Vergleich zu Lkw mehr Autos verkauft werden“.

Die ICCT-Wissenschaftler vermuten zudem: Weil bei Lkw und Bussen Diesel dominierten, sei die Konkurrenz durch Benzin nicht so groß. Sie kommen zu dem Schluss, dass was bei den Lastwagen geht, auch bei den Pkw helfen müsste. Ab September sollen neu zugelassene Pkw ebenfalls auf der Straße getestet werden.

BUND-Experte Hilgenberg glaubt aber nicht, dass sich die Luft in den Städten schnell bessern wird: „Die Änderungen gelten nur für neue Modelle – nicht für schon zugelassene Autos.“

Die ICCT-Forscher fordern zudem, Serienautos für die Tests zu verwenden – aktuell könnten die Hersteller auch Prototypen testen. Eckehart Rotter vom Automobilverband VDA hält es jedoch für unwahrscheinlich, dass dadurch manipuliert wird. „Da ist das Zulassungsverfahren in Deutschland ganz klar: Damit macht man sich strafbar“, sagte er der taz.

Völkermord: Opfer verklagen Deutschland

BERLIN taz | Die traditionellen Führer der Herero- und Nama-Völker aus Namibia verklagen Deutschland auf Entschädigung für den Völkermord, den deutsche Truppen an ihren Vorfahren während der Kolonialherrschaft Anfang des 20. Jahrhunderts begingen. In ihrer Klageschrift, die am Donnerstag bei einem US-Gericht in New York eingereicht wurde und der taz vorliegt, verlangen die beiden Chefs außerdem, an Verhandlungen zwischen den Regierungen Namibias und Deutschlands beteiligt zu werden.

Deutschland – das erst vor Kurzem den Völkermord überhaupt anerkannte – lehnt das bislang ab. Außenamtssprecher Martin Schäfer sagte am Freitag laut afp, es sei „bewusst unterlassen“ worden, mit Vertretern der betroffenen Volksgruppen direkt zu sprechen. D.J. Mehr auf taz.de

Syrien: Flugzeugträger kehrt heim

MOSKAU dpa | Nach der Eroberung von Aleppo durch syrische Truppen hat das russische Militär mit einer Reduzierung seiner Truppen in dem Bürgerkriegsland begonnen. Als erste sollen der als marode geltende Flugzeugträger „Admiral Kusnezow“, der Raketenkreuzer „Peter der Große“ sowie mehrere Begleitschiffe die Region verlassen, wie das Verteidigungsministerium in Moskau am Freitag mitteilte. Unklar war, wie groß die Truppenreduzierung insgesamt ausfällt. Die russische Armee unterstützt die syrischen Streitkräfte seit 2015 vor allem mit Luftangriffen. Die „Admiral Kusnezow“, Russlands einziger Flugzeugträger, hatte Moskau erst im November zur Unterstützung in die Nähe der syrischen Küste verlegt.

USA US-Geheimdienste bleiben bei russischer Verantwortung für Datenhacks

Geheimdienste versus Donald Trump

BERLIN taz | Bei einer Anhörung im US-Senat haben die Vertreter der US-Geheimdienste ihre Auffassung unterstrichen, dass die russische Regierung mit dem Datendiebstahl bei der Demokratischen Partei und Hillary Clintons Wahlkampfleiter John Podesta die Wahlen vom vergangenen November beeinflussen wollte. James R. Clapper, noch Chef der obersten US-Geheimdienstbehörde, sagte, die Dienste seien sich jetzt noch sicher als zuvor über die russische Urheberschaft – nannte aber wiederum keine für die

Öffentlichkeit nachvollziehbaren Beweise.

Die sollen allerdings in einem von Präsident Barack Obama angeforderten Bericht stehen. Das 50-seitige Dokument, das Obama bereits am Donnerstag präsentiert wurde, sollte am Freitag auch dem gewählten Präsidenten Donald Trump vorgestellt werden – bei einem Treffen mit den Geheimdiensten in seinem Trump Tower in New York. Eine von sensiblen Informationen befreite Version soll in der kommenden Woche der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Unter Berufung auf anonyme Regierungsquellen, die mit dem Inhalt des Berichts vertraut seien, berichten Washington Post und CNN, in dem Bericht würden die Mittelsmänner identifiziert, durch die die gestohlenen Daten dann zur Enthüllungsplattform Wikileaks gelangt seien.

Trump selbst äußerte sich vor seinem eigenen Briefing noch nicht zum Inhalt des Berichts. Lediglich seine enge Vertraute Kelyanne Conway schimpfte darüber, dass Details bereits an die Medien gelangt seien.

Unterdessen meldeten US-Medien, Trump habe sich inzwischen für die Nachfolge Clappers an der Spitze der Geheimdienste entschieden: Dan Coats, bis vor wenigen Tagen noch republikanischer Senator und zwischen 2001 und 2005 US-Botschafter in Berlin, soll die Behörde übernehmen.

Einen anderen Berater hat Trump entlassen: Ex-CIA-Direktor James Woolsey, der seit Monaten zu Trumps Stab in Sicherheitsfragen dahlte, erklärte, nicht mehr dazugehören. BERND PICKERT

STADTGESPRÄCH

Die Obstfrau muss weg

WENN IN BENIN EIN REICHER GESCHÄFTSMANN REGIERT, HABEN ES DIE ARMEN GESCHÄFTSLEUTE SCHWER

Widerstand gegen die Zwangsrumräumungen ausgeblieben. Was bleibt, sind die plötzlich breiten Bürgersteige. Die sind nämlich in den vergangenen Jahren immer weiter zugebaut worden, sehr zum Ärger von Patrice Talon. Er ist laut Forbes-Magazin der reichste Beniner und seit Ende März 2016 zudem gewähltes Staatsoberhaupt. Talon macht ernst und lässt aufräu-



KATRIN GÄNSLER AUS COTONOU

men. Es handelt sich schließlich um öffentliche Plätze, die nicht zugebaut werden dürfen, findet er. Der Abriss ist weithin sichtbar – eine einfache Taktik, um zu zeigen: Hier passiert etwas. Andere Städte in West-

afrika haben das längst vorge-macht. In Malis Hauptstadt Bamako wurde die brutale Vorgehensweise beklagt, als es im August 2016 zu Räumungen ei-

niger Bürgersteige kam. Nur wenig später machte es Niger nach. Jetzt sollen auch Benins Städte endlich etwas ordentlicher und aufgeräumter wirken.

Das ist gar nicht so einfach, denn Stadtplanung hat bisher so gut wie nie stattgefunden. Außerdem wächst die Bevölkerung Benins jährlich um etwa 2,75 Prozent. Rund zwei Drittel der Beniner sind jünger als 25. Sie brauchen Wohnraum, aber vor allem auch Arbeit. Geregelt Beschäftigungsverhältnisse gibt es aber kaum. Ob an Kreuzungen, auf Parkplätzen oder eben in selbst gezimmerten Ständen: Überall werden Kleinigkeiten verkauft, um irgendwie das Überleben zu sichern.

In Cotonou wird allerdings nicht zum ersten Mal geräumt. Vor dem Besuch von Papst Benedikt XVI im November 2011 wurden an den Hauptverkehrsstraßen und rund um das Stadion der Freundschaft – dort feierte

der Papst seinen Abschluss-gottesdienst – zahlreiche kleine Geschäfte abgerissen. Für den Besuch des Oberhauptes der katholischen Kirche sollte die Stadt hübsch und ordentlich aussehen. Dabei war Benedikt XVI nicht einmal 48 Stunden im Land und dürfte davon so gut wie nichts mitbekommen haben. Kritik gab es damals nicht, im Gegenteil: Endlich wird mal aufgeräumt, sagten viele.

Auch entlang der Strandstraße in Richtung Westen, der Route de Péche, tauchten rote Kreuze auf, vorwiegend an kleineren Häuten. Geplant ist dort ein millionenschweres Projekt zur Ansiedlung mehrerer Hotels. Seit einigen Monaten spricht über die zeitweilig heftig diskutierte Idee aber niemand mehr. Warum auch? Die Kreuze in der Innenstadt und die Frage, ob der Laden an der Ecke morgen noch da ist, sind jetzt viel interessanter.

Schon wieder ein rotes Kreuz entdeckt? In Benins Hafenmetropole Cotonou ist die Suche nach den gepinselten Zeichen zum Sport geworden. An der Terrasse des indischen Restaurants an der Ausgehmeile „Haie Vive“ prangt eins, auch an vielen Holzbuden in der Innenstadt, in denen bisher häufig Telefonkarten verkauft wurden. Auch die eine oder andere Bar wird schließen müssen: Das rote Kreuz droht es an.

Noch stärker betroffen sind die kleinen Läden an der Rue Aibatina. An der so oft verstopften Hauptstraße, zentrumsnah und dennoch einigermaßen erschwinglich, gab es bisher bis in die Nacht hinein so ziemlich alle: billige Handyimitate, Kleidung aus Asien, selbst gebaute Plüschsofas.

Fährt man jetzt hier entlang, so erschreckt man sich fast über die Leere. Hier sind zahlreiche

Ladenbetreiber den Bulldozern schon vorausgeeilt, haben ihre Sachen zusammengepackt und ihre Stände vorsorglich selbst abgerissen. Besser, als wenn die Stadtverwaltung im Morgengrauen kommt und alles niederbricht. Angekündigt worden war das Vorhaben im Oktober. Es gab jedoch Skepsis, ob es tatsächlich in diesem Ausmaß umgesetzt wird.

Von Staatsseite hieß es ja auch, dass man auf die „Mitarbeit der Bevölkerung“ setzt. An der Rue Aibatina kann das Madame Georgette – ihren vollen Namen möchte sie nicht nennen – nicht mehr hören. „Freiwillig ist hier niemand gegangen“, sagt die Frau, die bisher Obst verkaufte, ärgerlich. Viele Stände und Geschäfte hätte es schließlich über viele Jahre gegeben und die Bewohner hätten immer wieder investiert.

Doch trotz Unzufriedenheit und Unverständnis ist großer